

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

31.1.1862 (No. 26)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 31. Januar.

N. 26.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Petitione ober deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 30. Jan. Vierte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten, Hrn. Generalleutnants Hoffmann.

Anwesend von Seite der Regierung: Der Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister Geh. Rath Dr. Staebel; der Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Roggenbach, und Ministerialdirektor Geh. Rath Jungmann.

Vom Präsidium werden zwei Mittheilungen der Zweiten Kammer zur Kenntnis des Hauses gebracht: über das von ihr angenommene provisorische Gesetz, die Bekräftigung des Zuckers betreffend, und die von ihr geprüften Rechnungsnachweisungen des großh. Finanzministeriums.

Das Sekretariat zeigt das Einkommen weiterer Beitrittsverpflichtungen an zu der in der letzten Sitzung von Hrn. v. Stogingen übergebenen Petition um Erbauung einer Ringbahn-Bodensee-Eisenbahn aus den Gemeinden Pfaffen, Sumpfböden, Oberbaldingen, Bellingen, Thannheim, Espalingen, Eigeltingen, Jozeegg, Zigenhausen, Ludwigsbühl, Gallmannsweil, Dringen, Mundelshagen, Möhringen, Neudingen, Drenenberg, Radolfzell, Rodbach, Schönach, Schönwald, Schwaibach, Singen, Stockach, Sumpfhausen, Ueberlingen, Hoppetenzell, Hofstetten, Hubertshofen, Döggingen, Gengenbach, Gremmelbach, Gutnadingen, Haslach, Bobmann, Böhlingen, Blumberg, Biberach, Biesingen, Bräunlingen, Buchenberg und Wahlen.

ferner von Petitionen, die Versorgung der Schullehrer-Witwen und -Waisen betreffend von Lehrern aus den Bezirken: Konstanz, Achern, Baden, Borberg, Engen, Hornberg, Neckarbischofsheim, Neustadt, Radolfzell, Salem, Schwesingen und Waldkirch.

Staatsminister, Geh. Rath Dr. Staebel legt den Entwurf eines Regentenschaftsgesetzes vor.

Hr. v. Stogingen ist durch Unwohlsein zu erscheinen verhindert; die Begründung der von ihm angezeigten Motion, die auf der heutigen Tagesordnung stand, wird daher in einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Die Tagesordnung führt weiter zur Diskussion der Rechnungsnachweisungen des Staatsministeriums für die Jahre 1858 und 1859 und des Stadtdirektors Grafen v. Hennis über die Rechnungsnachweisungen des Justizministeriums für die Jahre 1858 und 1859. Beide Rechnungsnachweisungen werden für unbehandelt erklärt.

Die Kammer schreitet hierauf zur Wahl einer Kommission für den Gesekentwurf über die Aufhebung des Lebensverbandes. Gewählt werden die Hh. Hofrath Schmidt, Graf v. Kageneck, Hr. v. Tüchelheim.

Schluss der Sitzung.

Die Sklavenfrage und ihr Einfluss auf den amerikanischen Bürgerkrieg.

Im Jahr 1790 betrug die Zahl der Sklaven in den Unionstaaten nur 698,000 Köpfe; im Jahr 1850 war sie auf 3,205,000 Seelen gestiegen, und wird jetzt auf 4,000,000 geschätzt. Diese Zunahme der Sklavenbevölkerung war die unmittelbare Folge der Zunahme der Baumwollkultur, denn während die Produktion der letzteren von 1830—50 von 400,000 auf 1,000,000 Ballen anwuchs, stieg die Sklavenbevölkerung in den Baumwollstaaten fast im selben Verhältnisse um 97 Proz., während sie in den übrigen Südstaaten nur um 23 Proz. sich vermehrte. Die Verdrängung der immer wachsenden Nachfrage nach amerikanischer Baumwolle legte eine steigende Sklavenbevölkerung voraus, die ökonomischen Motive — Verwertung der Pflanzungen — drängten den Süden zur Ausdehnung der Sklaverei, und man kann also sagen, dass England es war, das durch übermäßige Steigerung seiner Baumwollindustrie die Sklaverei in den Unionstaaten förderte und die Sklavenfrage, wie sie jetzt steht, eigentlich erst geschaffen hat. Das „glückliche Sklaven-Gesetz“, die wachsende Einschmuggelung amerikanischer Sklaven, die Kanjas-Frage — alle diese Vorkommnisse waren nur der politische Ausdruck ökonomischer Interessen, welche auf dem vermehrten Baumwollbegehre beruhten. Der Werth der Sklaven stieg fast um's Doppelte; die eine Million Baumwollsklaven, welche der Süden gegenwärtig zählt, repräsentirt jetzt mindestens einen Werth von 1800 Mill. Gulden. Und da kam nun der Norden der Union und reagierte im Abolitionismus mit dem Prinzip der freien Arbeit gegen den Süden, bei welchem ökonomische Interessen von so hohem Belange auf dem Spiele stehen: kein Wunder, dass das Werk der Washington und Franklin an der Sklavenfrage zu Grunde ging!

Man muß sich billiger Weise in die Lage der Sklavenstaaten hineinsetzen. Der Boden, welcher für die Baumwollkultur in den Südstaaten geeignet ist, kann fast als grenzenlos betrachtet werden. Nach offiziellen Schätzungen vom Jahr 1852 war der wirklich unter Baumwollkultur befindliche Boden 6,300,000 Acres, bebaut von 787,000 Sklaven. Die für den Baumwollbau geeignete Fläche beträgt aber in den Sta-

ten Florida, Texas, Arkansas, Louisiana, Tennessee, Südcarolina, Mississippi, Georgia und Alabama 40 Mill. Acres, für deren Bedienung 5 Mill. Arbeiter erforderlich sein würden. Dazu kam noch die allgemein zutreffende Bemerkung, dass die erst neuerdings zum Baumwollbau herangezogenen Staaten das größte Quantum per Acre hervorbringen, während in den älteren Staaten, wo der Boden zu sehr erschöpft wurde, ein sorgfältigerer kostspieligerer Anbau, also mehr Arbeitskraft, erforderlich ist, um an Ergiebigkeit nicht zurückzulassen — lauter Verhältnisse, welche die Pflanzer gegen das Bestreben der Abolitionisten um so empfindlicher machen mußten. Man darf also mit Recht behaupten, dass gerade die schnelle Steigerung des Bedarfs an amerikanischer Baumwolle es war, was die Sklavereifrage so unlosbar und so reizbar gestaltet hat. Wäre der Bedarf ein gleichmäßiger geblieben, so hätte es geschehen mögen, dass langsam, aber sicher weise Arbeit aus dem Norden in den Süden heringeblutet wäre, neben der Grundaristokratie der Pflanzer Platz ergreifen und die Gesellschaft der Südstaaten von Innen heraus umgewandelt hätte. Allein die Konjunktur einer glänzenden Verwertung ihres Grundbesitzes mittelst des Anbaues der Baumwolle drängte die Pflanzer mit dem Druck eines unübersteiglichen ökonomischen Interesses zur Beschaffung höriger Arbeitskräfte auf die Ausdehnung jener „eigenthümlichen Institution“ des Südens; denn mittelst der Sklaven blieben ihnen die Vortheile des vermehrten Baumwollanbaues gesichert, auf der disziplinierten Sklavenerziehung beruht großentheils die gute Qualität der amerikanischen Baumwolle, welche bekanntlich die der ostindischen weit aus übertrifft. Wo aber die Sklaverei zur „eigenthümlichen Institution“ geworden, da vertritt sich die freie Arbeit mit ihr nicht mehr: die demokratischen Konsequenzen der freien Besiedelung würden den Optimismus der Sklavenerpflanzung in kurzer Zeit aus einander treiben und den Fortbestand des Sklavensystems ökonomisch, sozial und politisch zur Unmöglichkeit machen.

Den südlichen Staaten hätte an sich der Feind nicht gefehlt, sich zu freien Staaten umzubilden. Zwischen der Oligarchie der Sklavhalter und Sklaveneigner auf der einen und den Sklaven auf der anderen Seite steht eine große Klasse freier Bevölkerung; sind Erstere auf 350,000, die Sklaven weihen, nicht sklavenshaltenden Bevölkerungszahl der freien Köpfe. Allein durch ihre politische und soziale Organisation beherrscht die Oligarchie der Sklavensitzer auch die freie weiße Bevölkerung, verknüpft sich mit ihren Interessen. Sind ihr die Sklaven das „zweibeinige Vieh“, „Summvieh“ (young cattle). Der Unionist Halpern sagt in seinem trefflichen Büchlein „Revolution oder Abolition“: „Die Magistrate auf den Dörfern, die Constabler in den Distrikten, die Kommissäre und Mayore in den Städten, die Sheriffs der Counties, die Richter der verschiedenen Gerichtshöfe, die Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlungen, die Gouverneure der Staaten, die Repräsentanten und Senatoren im Kongress alle sind Sklavenshalter. Die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten ist von den Sklavenshaltern des Südens 48, von den Nichtsklavenshaltern des Nordens aber nur 20 Jahre lang besetzt worden. Durchschnittlich sind die Aemter des Staatssekretariats der Finanzen, des Innern, der Flotte und des Krieges, sowie des Generalpostmeisters und des Generalstaatsanwalts ungefähr $\frac{2}{3}$ der ganzen Zeit unter der Kontrolle der Sklavenshalter gewesen; fünf sklavenshaltende Präsidenten sind zur höchsten Stelle der Republik wieder gewählt worden, während kein Nichtsklavenshalter dieses Amt je länger als einen einzigen Termin bekleidet hat. Somit sehen wir deutlich, dass selbst den Nichtsklavenshaltern des Nordens, deren Freiheit, Energie, Unternehmungsgelbst, Einsicht, Reichthum, Mehrzahl, Macht, Fortschritt und Wohlstand unser Vaterland fast ausschließlich seine hohe Stellung unter den übrigen Nationen der Erde verankert, die schuldige Theilnahme an den Ehren der Bundesämter verweigert worden ist.“

Und bei dieser Spannung der gegenseitigen Verhältnisse hält man eine Ausgleichung, eine Wiedervereinigung der Union im alten Style noch für möglich? Weder im alten noch in einem nicht zu findenden neuen Style wird dies geschehen, denn es fehlt die gemeinsame Grundlage. Die Sklavenfrage bietet nämlich für die Südstaaten eine eigenthümliche Gefahr, der sie nur durch dauernde Trennung von der Union zu begegnen vermögen. Das Verhältniß der Sklaven zu der weißen Bevölkerung ist nämlich schon jetzt zu dem bedenklichen Verhältniß von 42,3 Proz. angewachsen. Die Weißen sind bereits von Furcht vor den Sklaven erfüllt, wie ihre drakonische Gesetzgebung gegen Aufreizung und Auflehnung der Sklaven beweist. Der soziale Zustand wird bei ferneren Anwachsen der Sklavenbevölkerung immer gespannter werden, indem die Vorurtheile der Weißen gegen die schwarze Race, des Herren gegen den Sklavensstand eher zunehmen. Die Einsichtigen im Süden haben daher längst das Bedürfnis eines stehenden Heeres innerhalb ihrer Grenzen empfunden, um alle etwaigen Aufstände niederzuschlagen. Jetzt haben sie den Anschlag hierzu gemacht, sie werden ihn befestigen und ihm Dauer zu geben suchen.

Ja, wenn es gelungen wäre, das jährliche Krausfunktum im Süden, das zu $\frac{1}{2}$ aus Solchen besteht, die bloß von 1—10

Sklaven besitzen, und sich in sozialer Beziehung wenig über dem Niveau des nördlichen Bauers befinden, zu Farmern, zu Mietheern emanzipirter Sklavensarbeit zu machen, jene 3 Mill. Nichtsklavenshalter aber zu einem freien und thätigen Bauernstand umzuschaffen, dann wäre die Sklavenfrage nicht so schwer zu lösen gewesen. So aber wollten die Abolitionisten im Norden die Frage mit naturrechtlichen Rezepten oder der philanthropischen Romantik des Uncle Tom kuriren. Spricht ja sogar neuerdings Lincoln von dem Plan, die ungebildeten Sklaven auf unurbare Territorien überzusiedeln — eine Abgeschmacktheit, mit welcher nur etwa die seitherige Kriegsführung gleichen Schritt hält. Eine Sklavensanpflanzung, welche weder mit einer vorbereitenden Bildung der Sklaven, noch mit einer Umwandlung der feudalen Herren in einen freien Uebernehmerstand verbunden wird, ist eine bloße Zersplitterung, Herren und Knechten gleich nachtheilig, für die Idee der Menschlichkeit ein grausames Opfer, den bisherigen Herren gegenüber eine Forderung, welche über die Grenzen menschlicher Aufopferungsfähigkeit hinausgeht. Es ist ein Unglück für die amerikanische Union und die Interessen der Menschheit, dass die Sklavenfrage nicht seit Jahrzehnten friedlich gelöst wurde, indem man den Süden durch allmähliches Vorbringen der Pioniere des Nordens mit dessen freiem Geiste durchdrang und durch leise Umwandlung der kleinen Herren und der freien weißen Bevölkerung die Ausdehnung der Sklaverei unmöglich machte. Zur Verhinderung dieser friedlichen und kulturmäßigen Lösung hat aber wohl nichts so sehr beigetragen, als die Baumwollkonjunktur dieses Jahrzehnts. Sie forderte vom Süden vermehrte und im Interesse der Qualität wohl-disziplinierte Arbeit, sie gab der Pflanzeraristokratie unter der Bedingung der Ausdehnung der „eigenthümlichen Institution“ glänzende Vortheile: diese Aristokratie müßte eine übermenschliche Bildung gehabt haben, sie müßte namentlich nicht Oligarchie gewesen sein, wenn sie nicht unbedingt in die Bahn der Ausbreitung der Sklaverei sich geworfen hätte, aber hiedurch der freien Arbeit Feind geworden wäre, und fühlte die jetzt über der Sklavenfrage ausgebrochene politische Krisis herausgefordert hätte. So war hier in hervorragender Weise die Baumwolle in der Politik mächtig!

Deutschland.

Durlach, 30. Jan. Der Durlacher Korrespondent, welcher in Nr. 23 dieses Blattes vom 28. Januar über die hiesigen Wahlen zur Kirchengemeinde-Versammlung öffentliche Mittheilung machte, hatte offenbar dabei nicht bloß den Zweck einer objektiven Berichterstattung über das Ergebnis dieser Wahlen, sondern zugleich die bestimmte Nebenabsicht, bei Erwähnung der geringen Theilnahme von Seiten der Gemeinde „die bisherige Leistung unserer Kirchengemeinde“ durch die Bemerkung, dass dieselbe „nicht dazu angethan war, Sinn und Theilnahme dafür zu erwecken“, zu verdächtigen und den Schein auf sie fallen zu lassen, als ob ihre Haltung in dieser Sache den Anforderungen ihres Amtes nicht angemessen gewesen wäre. Es ist dies um so auffälliger, als dem Berichterstatter nicht verborgen sein konnte, dass gerade im Interesse einer zahlreichen Theilnahme der Gemeinde an gedachten Wahlen, wie sie der Leitung selbst nur erwünscht sein mußte, hier mehr geschehen, als was der Einführungs-erlass in den darauf bezüglichen Bestimmungen verlangt, und daß z. B., außer den nöthigen Anforderungen in der Kirche und im hiesigen Vokalblatt, jede der vier Wahlhandlungen durch ein Zeichen mit der Glocke besonders angezeigt worden ist. Wenn nun dessenungeachtet die Theilnahme der Gemeinde an den genannten Wahlen eine sehr geringe war (189 Wähler von nahezu 800 Stimmberechtigten), geringer jedenfalls, als der Berichterstatter sie erwartet zu haben scheint, so wäre es gewiß viel edler und würdiger gewesen, sich einfach die Täuschung einzugeschehen und für seine Person, wie er zu verstehen gibt, von der politischen Regsamkeit der Bürgerschaft einen belebenden Einfluss auf das Gebiet kirchlicher Dinge zu hoffen, als für den Mangel jener Theilnahme nicht unendlich Diejenigen verantwortlich zu machen, die dabei Nichts veräumt oder unterlassen haben von Dem, was in geselliger Weise zu einer möglichst allgemeinen Theilnahme an den Wahlen geschehen konnte.

Wir nehmen keinen Anstand, vorstehender Reklamation Raum zu geben, obgleich wir der Ansicht sind — und mit uns wohl alle unbefangenen Leser —, daß sie vollkommen neben das Ziel schießt. Gewiß hat unser Durlacher Korrespondent den mit der Leitung der Wahlen beauftragten Personen wegen der Art, wie sie sich des Geschäfts entledigten, keinerlei Vorwurf machen wollen, denn davon steht rein gar Nichts in seinem Artikel; und was er von der „bisherigen Leistung unserer evangelischen Kirchengemeinde“ sagt, braucht noch gar nicht speziell auf die Geistlichkeit und den Kirchengemeinderath zu Durlach gedeutet zu werden. Vielmehr spricht der ganze Zusammenhang, so wie gerade die Analogisirung mit politischen Dingen dafür, daß er zwei große und prinzipiell verschiedene Kirchenordnungen im Sinn hatte, die ältere mehr bürokratische und die neuere, kürzlich erst eingeführte, welche

dem Prinzip der Selbstregierung der Gemeinden ihr Recht angedeihen läßt. Daß aber erstere „nicht dazu angethan war, Sinn und Theilnahme dafür (d. h. für die namentlich auch in diesen Wahlen sich bethätigende Selbstregierung) zu erwecken“, wird doch wohl nicht bestritten werden können. Wenn aber selbst auch die örtliche Leitung der Kirchenangelegenheiten zu Durlach in die Worte unseres Hrn. Korrespondenten hineininterpretirt werden könnte, so bezögen sie sich doch jedenfalls auf die Zeit vor der Einführung der neuen Kirchenverfassung. Nun ist zwar Durlach nicht die letzte der Städte, deren Namen mit der auf größerer Selbstthätigkeit der Gemeinden beruhenden neuen Kirchenverfassung verknüpft sind, aber wir glauben doch, daß gerade die örtliche Leitung der dortigen Kirchenangelegenheiten auf das Verdienst, hierzu wesentlich beigetragen oder früher in dieser Richtung auch nur eine besondere Vorliebe bethätigt zu haben, kaum einen Anspruch wird erheben wollen. — D. Red.]

Forstheim, 29. Jan. (Pf. V.) Die Wahlen zur Kirchengemeinde-Versammlung sind gestern zu Ende gegangen. Von den 966 Wählern, welche die betr. Liste (mit Hinweglassung der darin nachträglich Gestrichenen und Hinzurechnung der vergessenen Geblienen) aufweist, haben in der ersten Abtheilung 107, in der zweiten 143, in der dritten 107, und in der vierten 109, also im Ganzen 466 ihre Stimmen abgegeben.

Stuttgart, 29. Jan. (St. A. f. W.) Folgende Nachrichten über die Wahlen sind bis jetzt eingelaufen (die bisherigen Abgeordneten sind mit einem * bezeichnet). Bollenhede Wahlen: Ludwigsburg, Stadt: Gemeinderath Viktor Körner gewählt. Tübingen, Stadt: Obertribunalrath Weber mit 112 von 114 abgegebenen Stimmen gewählt. Ulm, Stadt: Rechtskonsulent Schall ist mit absoluter Mehrheit gewählt. Heilbronn, Stadt: *Meß 102, Draug 52 Stimmen. Reutlingen, Stadt: *Grathwohl gewählt. Ellwangen, Stadt: Stadtschultheiß Bayrhammer gewählt. Calw: Stadtschultheiß Schuler gegen Quisbesiger Horlacher. Ergebnisse des ersten Wahltags: Neubürg: *Cavallo 159, Schultheiß Ventter 141 Stimmen. Böblingen: *Sigmund Schott 250, Ganzhorn 152 Stimmen. Eßlingen: *Deffner 327, Heger 97 St. Urach: *Müllersohn 288, v. Selow 183 Stimmen. Dornsdorf: Frueth absolute Mehrheit. Gmünd: Dr. Richter absolute Mehrheit. Stuttgart, Stadt: *Reyscher 359 St. Stuttgart, Amt: *Brenning 238, Rau 195 St. Kirchheim: *Heim 273, Wächter 148 St. Maulbronn: *Heger 160, Zech 135 St. Weinsberg: *Troll 252, Lautenschlager 72, Häusermann 32 St. Herrenberg: Schultheiß Rau 140, Dökar Wächter 139 St. Mergentheim: *Mittnacht 361 St. Neckarfühl: Schwandner 246, Neuffer 102 St. Bradenheim: Schneider 224, Feuerbach 61, Winter 28, Greiner 26 St. Laupheim: v. Hierlinger 232, Müller 102 Stimmen. Vom zweiten Wahltag: Kirchheim: *Heim absolute Mehrheit.

München, 28. Jan. (Sar. Ztg.) Dem Vernehmen nach werden die Gesetgebungsorgane beider Kammern schon Ende Mai zur Beratung des Zivilprozesses einberufen werden.

Dresden, 28. Jan. (R. A.) Das „Dresdner Anzeiger“ hat eine Verabredung für die sächsischen Steinkohlenfrachten bis Berlin auf kaum zwei Drittel der westphälischen Kohlenfrachttäge vereinbart sei.

Dresden, 29. Jan. (Hrff. Bl.) Das heutige „Dresd. Journ.“ veröffentlicht die Replik der sächsischen Regierung auf die Antwort Oesterreichs bezüglich des Projekts der Bundesreform. In dem Hr. v. Besz das Bundesreform-Projekt rechtfertigt, sucht er darzutun, daß die sächsischen Vorschläge die Zusammengehörigkeit Oesterreichs mit Deutschland besser sichern, als die Vorschläge Oesterreichs selbst.

Hannover, 28. Jan. (R. Z.) Die Deputirtenkammer hat heute den Beschluß der Adelskammer, die einseitig erlassene Militär-Strafprozessordnung enthalte eine Verfassungverletzung, an eine Kommission zu schleuniger Bericht-erstattung verwiesen.

Hamburg, 27. Jan. (Vollmann's Verleger, Hr. Th. Gröfe) erklärt, daß das Manuscript zu einer zweiten Schrift Vollmann's hier nicht von der Polizei konfisziert sei. Er theilt zugleich mit, daß er dem Verfasser das Manuscript zurückgegeben habe, auf dessen Verlag er seines Inhalts wegen nicht eingegangen sei. Seine Ankündigung von dem bevorstehenden Erscheinen der Schrift sei erlassen, bevor er Kenntniß von dem Inhalt gehabt habe. (Bei den Verbindungen, die der frühere sibirische Kabinetsekretär unzweifelhaft im Auslande hat, wird er für seine saubere Schrift schon einen Verleger finden.)

Solstein, 26. Jan. Das „Gesetz- und Ministerialblatt“ publizirt nachstehendes Zirkular:

Der Debitant die Verbreitung der Druckchrift „Hermann, der erste Befreier Deutschlands, historischer Roman für das deutsche Volk, von G. H. v. Debenroth“, auf welche von der Verlagsbuchhandlung Möser und Scherl in Berlin zur Subskription mit dem Beifügen eingeladen worden ist, daß dieselbe zur deutschen Flotte von jedem bezahlten Exemplar 10 Silbergroschen zahlt, wird für das Herzogthum Solstein hierdurch untersagt, und werden die Polizeibehörden angewiesen, etwa vorgefundene Exemplare mit Beschlag zu legen, sowie, daß Solches geschehen, bezüglich hieser anzuzeigen.

K.C. Berlin, 29. Jan. Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine 6. Sitzung. Die Abgg. Bärger und v. Sängler haben folgenden von 60 Mitgliedern der Fraktion Grabow unterzeichneten Antrag eingebracht: „Das Haus wolle beschließen:

In Erwägung: 1) Daß die in Kurhessen schon seit Jahren dauernde Störung des öffentlichen Rechtszustandes nicht bloß jenes Land schwer bedrückt und das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes verletzt, sondern auch, da sie aus einer rechtswidrigen, die Verfassungen der deutschen Staaten gefährdenden Anwendung der Bundesgesetze hervorgegangen ist, für ganz Deutschland den Gegenstand ernstlicher Beunruhigung bildet;

2) Daß die preussische Staatsregierung bereits im Jahr 1859 in offizieller Form erklärt hat, daß die Wiederherstellung der im Jahr 1832 außer Wirksamkeit gesetzten Verfassung vom Jahr 1831 — wie sie zwanzig Jahre hindurch in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat — der einzige Weg sei, jenen Theil Deutschlands in feste Rechtszustände zurückzuführen; 3) Daß auch das kurhessische Volk — und zwar selbst durch das Organ derjenigen Bundesvertretung, welche nach den eigenen Vorschlägen der Regierung und unter ihrem Einflusse gebildet wurde — mit einer Einmüthigkeit und Beharrlichkeit, welche die lebhafteste Theilnahme Deutschlands erregen, an jener Verfassung festhält und deren Wiederherstellung verlangt; 4) Daß dagegen die kurhessische Regierung fortwährend, diese Wiederherstellung zu versagen, sogar der von ihr verliehenen Verfassung zuwiderhandelt und dem Lande selbst diejenigen Rechte verweigert, welche durch diese rechtswidrig eingeführte Verfassung unangetastet geblieben sind; 5) Daß bei dem weiteren Vorgehen der kurhessischen Regierung auf diesem Wege die Besorgnis vor gewaltsamen Störungen der öffentlichen Ordnung in jenem, dem Nachbargebiet Preussens sich anschließenden Lande nahe tritt; — erklärt das Haus der Abgeordneten es als dringend geboten: daß die königl. Staatsregierung schleunig und mit Nachdruck auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen hinwirke.

Ein zweiter von Dr. Wirschow u. Gen. (Fortschrittspartei) eingebrachter Antrag geht dahin:

Das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, namentlich in weiterer Verfolgung des von ihr in der kurhessischen Frage eingenommenen und in den Erklärungen vom 17. und 24. März dargelegten Standpunktes und besonders in Uebereinstimmung mit dem Antrag der großh. badischen Regierung Alles einzusetzen, um die Wiedergewinnung des Verfassungszustandes zu bewirken, namentlich aber die Wiedereinberufung der Landesvertretung auf Grund der Verfassung vom Jahr 1831 herbeizuführen.

Beide Anträge gehen an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern. Ein vom Abg. Wächter eingebrachter Antrag, die gerichtliche Verfolgung von Beamten, welche sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht haben, wird der Justizkommission überwiesen. — Wahlsprüngen. Die Wahlen werden überall genehmigt, nur bei der Wahl im 7. (Marienwerder) Wahlbezirk werden beide Wahlen (Albrecht und Defowky) wegen großer, bei der Wahl vorgekommener Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt. Abg. Piamann beantragt, die Wahl des Abg. Dahlmann (Neuwied-Altentkirchen) wegen Unregelmäßigkeiten ungültig zu erklären. Auf den Antrag der Abgg. v. Voüyham und Haden wird dieselbe jedoch genehmigt. Vertheidigung von 69 Mitgliedern. Schluß der Sitzung.

Posen, 24. Jan. Gestern ist der Redakteur des „Dzienn. Pozn.“, Ludwig Jagielski, auf Befehl des Kammergerichts in Berlin, Abtheilung für Staatsverbrechen, verhaftet und nach Berlin abgeführt worden. Die heutige Nummer des „Dziennik“ ist von einem Hrn. Joseph Jorowski unterzeichnet. (Als Grund der Verhaftung Jagielski's wird eine Untersuchung wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat angeben.)

Wien, 27. Jan. (Sch. M.) Daß Oesterreich die Entwaffnung Piemonts, daß es das Tuilerienkabinett aufgefodert hat, die demonstrative und den europäischen Frieden gefährdende Politik Piemonts zu desavouiren und Legation zu ernennen, diese Politik aufzugeben, welche Oesterreich bedrohe und eine Verletzung Frankreichs in sich schliesse, da dieses den Frieden von Villafranca veranlaßt hat. Von Seite Frankreichs sollen befriedigende Erklärungen eingetroffen sein, deren Wortlaut man kennen möchte, um zu entscheiden, ob die in den letzten Tagen so hoch gestiegenen Hoffnungen auf die Erhaltung des europäischen Friedens wirklich begründet sind. Graf Rechberg hat im Finanzausschuß befriedigende Erklärungen über die Intentionen abgegeben, welche das Kabinett in der italienischen Frage leiten, und namentlich hervorgehoben, daß Oesterreich nicht daran denke, seine Defensivstellung zu verlassen. Es wolle aber Klarheit erlangen über die Haltung, welche die übrigen Mächte in dieser Frage beobachten, und es seien die kais. Gesandtschaften in dieser Beziehung bereits instruiert worden. In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die österreichische Diplomatie in diesem Augenblick sehr thätig ist, um zu Gunsten der italienischen Konföderationsidee zu wirken. — Hr. v. Schmerling sieht am Jahrestag der Publizierung der Februarverfassung eine besondere Auszeichnung bevor. Derselbe soll nämlich das Großkreuz des Leopoldordens erhalten, ein Beweis, daß seine Stellung nicht bedroht ist. — Unter den neuen Mitgliedern des Herrenhauses, welche am 26. Februar auf Lebensdauer ernannt werden, soll die hocharistokratische Partei nicht vertreten sein, vielmehr soll vorzugsweise Männern der Wissenschaft von gemäßigter Gesinnung die Ehre zu Theil werden, da man das Zentrum des Hauses zu verstärken wünscht. — Der Kaiser wohnte gestern einem Ministerrath bei, in dem die ungarische Frage verhandelt wurde.

W.C. Wien, 29. Jan. Das Herrenhaus hielt gestern nach langer Unterbrechung wieder eine Sitzung, deren Resultat jedoch wieder nur in einer Vertagung der Debatte bestand. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Justizkommission „über die Regelung der Zuständigkeit der Gerichte und politischen Behörden hinsichtlich der Uebertretungen“. Die Kommission erklärte sich gegen die Ueberweisung aller Uebertretungen ohne Unterschied an die Gerichte, wollte vielmehr eine Reihe von Uebertretungen, vorausgesetzt, daß durch dieselben Niemand beschädigt worden sei, den Kommunal- und Polizeibehörden überlassen. So z. B. unterlassene Anmeldung, vorzeitiges Bezahlen eines neuen Hauses und dergleichen. In der Generaldebatte erklärte sich Graf Leo Thun gegen den Erlaß eines neuen Gesetzes und für die Verbesserung des bestehenden, für die fernere Dauer des Provisoriums; gegen den Kommissionsantrag aber, einmal von dem Grundgesetz aus, daß jedes Strafverfahren nur von ordentlichen Gerichten gehandhabt werden solle, zweitens weil die Annahme des Antrags einen neuen unndthigen Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus her-

aufbeschwören würde. Der Staatsminister schloß sich im Allgemeinen der Anschauung der Kommission an, und versah für die bevorstehende durchgreifende Reform der Strafrechtspflege auch ein abgeschlossenes Polizeistrafgesetzbuch, welches nur Uebertretungen, die ohne böse Absicht geschehen seien und keine Verletzung der Rechte eines Dritten verursacht hätten, der polizeilichen Behandlung überweisen würde. Graf Rechberg verlangte eine kurze Pause, um den Thun'schen Antrag reiflich erwägen zu können, schloß sich aber sodann dem Antrag des Fürsten Salin auf Vertagung der Debatte bis Freitag an. Letzterer wurde auch angenommen.

Frankreich.

Paris, 29. Jan. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den, dem Gesetgebenden Körper vorgelegten, vom Staatsrath genehmigten Gesetzentwurf bezüglich der Umwandlung der 4 1/2 Proz. und 4 Proz., sowie der Trentenaires-Obligationen in 3 Proz. Rente. In der Darlegung der Gründe ist auseinandergesetzt, daß, wenn der Besitzer von 4 1/2 Proz. Rente 4 Fr. 50 C. Rente verkauft, er ein Kapital von 99 Fr. 50 C. realisiert; um sich dasselbe Einkommen in 3 Proz. Rente zu verschaffen, müßte er 106 Fr. 50 C. ausgeben. Außerdem würde ihm aus der Differenz in der Zeit der Zinszahlung ein Verlust von 1 Fr., sohin ein Opfer von 8 Fr. erwachsen. Diefür verlangt der Staat die im Bericht des Hrn. Fould auf 800 Fr. für 450 Fr. Rente veranschlagte Ausgleichungssumme, die jedoch noch nicht festgesetzt, sondern dem Gesetzentwurf zufolge durch kais. Dekret erst näher bestimmt werden soll. Man glaubt, daß diese Ausgleichungssumme, um die freiwillige Umwandlung zu befördern, unter den herausgerechneten 8 Fr. etwa auf 7 Fr. 50 C. festgesetzt werden wird, wodurch dann freilich auf die 300 Mill., welche Hr. Fould von der Umwandlungsoperation erwartet, auf 250 Mill. zusammenschmelzen würden. Hr. Fould begab sich heute zu Hrn. v. Morny, um sich mit ihm wegen Vorbringung des erwähnten Gesetzentwurfs durch den Gesetgebenden Körper zu verständigen. Man denkt, daß dieses Votum bis zum nächsten Montag bewerkstelligt werden wird. — Die Veröffentlichung der Ihnen gestern mitgetheilten Dokumente über Rom hatte an der Börse bereits einen gewissen Erfolg — die italien. Anleihe ging von 64.50 auf 64.90.

In Lyon, wo Montag Abend die „Gastana“ zum zweiten Male aufgeführt wurde, veranlaßte sie solches Pfeifen, Singen, Murren und Händeln der Polizei, daß zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Eine weitere Aufführung des Abour'schen Stüdes wird, Angesichts des Vorgefallenen, unterbleiben. — Uebrigens ist nach Privatberichten aus Lyon die Stimmung der dortigen Bevölkerung überhaupt eine sehr gereizte, und Zusammenstöße zwischen den Truppen und den Arbeitern werden ernstlich befürchtet. Auch hier im Faubourg St. Antoine fanden gestern an verschiedenen Punkten Zusammenrottungen statt. Dem Zureden der herbeigeeilten Polizeikommissäre gelang es, die Arbeiter endlich zum Auseinandergehen zu bewegen. — Die „Patrie“ kommt mit auffallender Beharrlichkeit immer wieder auf die Kandidatur des Erzherzogs Maximilian für den mexikanischen Thron zurück. „Wenn“ sagt sie heute Abend — wenn die Wahl der Bevölkerung Mexiko's auf den Erzherzog Maximilian fällt, so wird Europa dies mit lebhaftem Vergnügen sehen. Dieses Faktum würde an und für sich Seitens des Kabinetts von Wien keinerlei Verzicht auf irgend eine Festigung Oesterreichs nach sich ziehen; nur hofft man, daß im Augenblick der Regulierung der mexikanischen Angelegenheiten die italienische Frage in ihrem schwierigsten Punkte zur Sprache gebracht werden könne, und daß es dann möglich sein wird, Oesterreich gegen eine freiwillige Herausgabe Venedigs vollständig befriedigende Territorialentschädigungen anzubieten. Man hofft, daß diese Kombinationen in nächsten Frühjahr den Ausgangspunkt für erste Unterhandlungen liefern werden.“ — Uebrigens spricht nicht die „Patrie“ allein so; auch andere Blätter, so z. B. der aus dem kais. Kabinett inspirirte „Messager du midi“. Ihm zufolge würden die Mexikaner zwischen dem Erzherzog Maximilian als „König“ oder als „Bizetkönig“ zu wählen haben. Wenn sie sich für Letzteres entscheiden — meint der „Messager“ — dann würden Oesterreich dadurch so große Vortheile geboten, daß deren Annahme gegen Abtretung Venedigs nicht einen Augenblick bezweifelt werden könne.

Belgien.

Brüssel, 27. Jan. Das Militärgericht hat sich heute in der Sache des Obersten Hayez für inkompetent erklärt, da derselbe nicht mehr der Armee angehöre.

Spanien.

Der spanische Staatsrath hat entschieden, daß die Inhaber der passiven Schuld Anspruch auf ein Fünftel, d. h. 20 Proz. des Ertrags vom Verkauf der Kirchengüter haben und sogleich die Amortisierungssumme jährlich um 9 bis 12 Mill. Realen vergrößert werden müsse. Gleichzeitig fordert der Staatsrath den Finanzminister auf, diese Schuld auszugleichen. Wie dem „Constitutionnel“ nun aus Madrid mitgetheilt wird, steht diese Empfehlung mit dem Plane der Regierung in Verbindung, daß die sämmtlichen Klassen der spanischen Schuld, die konsolidirte, differirte wie die passive, die inländische wie die ausländische Schuld, in 3 Proz. Consols umgeschaffen werden sollen.

Madrid, 27. Jan. In der Deputirtenkammer hat O'Donnell das Benehmen des Generals Serrano gebilligt, welcher die Besetzung von Vera-Cruz im Namen der drei Mächte bewerkstelligt hat.

Portugal.

Wie das in Madrid erscheinende Blatt „El Reino“ meldet, sind zu Loulé in der portugiesischen Provinz Algarvien bei Erhebung der Steuern ernste Unruhen ausgebrochen, und es mußten von Lissabon aus Truppen dahin abgefannt werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. (H. C.) Konferenzrath Madvig und Antmann Holstein sind vom König zum Präsidenten und Vizepräsidenten des Reichsraths ernannt.

Kopenhagen, 27. Jan. Ueber die heutige Sitzung des Reichsraths bringen die „Hamb. Nachr.“ folgendes [unserer Depesche in der gestr. Verh. der „Karlsr. Zig.“ wesentlich ergänzendes] Telegramm: Der Ministerpräsident legt einen Gesetzentwurf, betreffend Veränderung des §. 37 der Verfassung, dahin vor, daß der Reichsrath, statt mit 41, fortan mit der Hälfte seiner Mitglieder beschlußfähig sei. Ein weiterer Gesetzentwurf enthält Veränderungen im Verfassungsgezet vom 2. Oktober 1855. Bedingung des Wahlrechts ist danach eine Steuerzahlung von 100 Thln. R.-M. oder eine Jahreseinnahme von 600 Thln. R.-M. Der Reichsrath wählt künftig selbst seinen Präsidenten und Vizepräsidenten. Der Reichsrath bestimmt selbst über den Geschäftsgang und die Geschäftsordnung. Die Sitzungen sind öffentlich; die Regierung, der Präsident oder fünf Mitglieder des Reichsraths können den Antrag auf geheime Sitzung stellen. Der Reichsrath beschließt dann, ob geheime Sitzung eintreten soll oder nicht. Gesetzentwürfe können von der Regierung, oder von Mitgliedern des Reichsraths selbst eingebracht werden. Jeder Gesetzentwurf unterliegt einer dreimaligen Verathung. In der zweiten Verathung steht das Recht der Amendirung sowohl der Regierung wie jedem einzelnen Mitgliede zu, in der dritten Verathung nur der Regierung. Die einzelnen Mitglieder des Reichsraths haben das Recht der Interpellation. Zum Schluß werden sämmtliche mit den obigen Bestimmungen in Widerspruch stehenden Paragraphen der früheren Verfassung aufgehoben, also die die holsteinischen und lauenburgischen Mitglieder betreffenden Bestimmungen.

In der Motivirung heißt es: „Es seien öfters Wünsche wegen Veränderungen dieser Punkte ausgesprochen. Die Regierung habe sich überzeugt, daß der Augenblick zu einer vollständigen Revision des Verfassungsgezetes und zu einem sich daran anschließenden provisorischen Weggezetze noch nicht gekommen sei. Die Verwicklungen wegen der Verfassungsverhältnisse Holsteins und Lauenburgs dürfen aber nicht länger notwendigen Erweiterungen in der Zusammenziehung des Reichsraths und der konstitutionellen Autorität hinderlich sein. Die gegenwärtigen Veränderungen können keinen Einfluß auf die bis jetzt unadgemachte Ordnung der Verhältnisse der Herzogthümer zu den übrigen Theilen der Monarchie erhalten, indem die Wirksamkeit des Reichsraths nur diejenigen Landestheile umfaßt, die nicht zum Deutschen Bunde gehören. Die Regierung hat daher geglaubt, sich auf solche Aenderungen beschränken zu müssen.“

Ferner brachte der Ministerpräsident noch weitere zwei, der Finanzminister sechs Gesetzentwürfe ein. Die erste dieser Gesetzentwürfe betrifft die Feststellung des Beitrags der einzelnen Landestheile zu den Gesamtausgaben der Monarchie, nach der letzten Volkszählung bemessen. Unter den beiden vom Kriegsminister und den fünf vom Marineminister eingebrachten Gesetzentwürfen ist ein Antrag wegen Zulage zum Normalbudget der Flotte für die Finanzperiode von 1862—64 hervorzubeben. Diese Zulage ist auf 1,178,470 Thlr. R.-M. bemessen. Der Marineminister sprach sich bei Einbringung dieses Antrages für energische Entwicklung der Marine aus.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 21. Jan. (H. Vh.) Heute überreichten die Mitglieder des Reformkomitees dem Justizminister die mit 37,962 Unterschriften aus allen Theilen des Landes versehene Petition, in welcher die Regierung zur Ergreifung der Initiative auf dem nächsten Reichstags in Betreff einer Reform der Verfassung aufgefordert wird. Diese Petition schließt sich im Wesentlichen den Beschlüssen an, welche auf dem vorigen Reichstag im Bürger- und Bauernstände angenommen worden waren. Der Justizminister äußerte sich dahin, daß er die Zweckmäßigkeit und die Zeitgemäßheit einer Reform der bisherigen Repräsentation des Vierständensystems anerkenne, und versprach schließlich die Petition dem König zu überreichen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 29. Jan. (H. Vh.) Der Generalgouverneur Suwaroff ersuchte gestern die Adelsversammlung u. g. mit folgender Ansprache: Ohne enge Allianz mit dem Kaiser sei die Wohlfahrt des Adels nicht denkbar. Es ist der Wunsch des Kaisers, daß der Adel eine soziale Vorzugsstellung behalte und nur, wenn er die feste Stütze des Thrones bleibe, könne er seinen Einfluß befestigen und ungelöste wichtige Aufgaben lösen. Der Gouverneur wird berechnete und gemeinnützige Wünsche unterfragen.

St. Petersburg, 29. Jan. (Köln. Z.) Das heutige „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht eine Note des Fürsten Gortschakoff vom 21. d. M. an den russischen Gesandten in Washington, Hrn. v. Södl. Es heißt darin, der Kaiser habe mit großer Befriedigung die von ihm gezeigten Erwartungen (in Bezug auf die Trent-Anglegenheit) durch den Beschluß der Unionsregierung bestätigt gesehen, und hoffe, daß dieselbe Weisheit und Mäßigung das Verfahren der amerikanischen Regierung in Bezug auf die inneren Angelegenheiten leiten werde. Der Kaiser sei überzeugt, daß die Regierung sich in ihrer inneren Politik über die Volkseigenschaften erheben werde. Es würde dem Kaiser zur Befriedigung gereichen, die Union durch persönliche Schritte wieder zu befestigen, da die Aufrechterhaltung der amerikanischen Macht von der höchsten Wichtigkeit für das allgemeine politische Gleichgewicht sei.

Der Unterrichtsminister hat vier beliebte Professoren in Petersburg ermächtigt, öffentliche Vorlesungen über Zivilrecht, Kriminalrecht, vergleichende Jurisprudenz und öffentliches Verwaltungsrecht zu halten.

Großbritannien.

London, 28. Jan. Die französische Thronrede

wird allenthalben sehr günstig besprochen. Der König der Belgier verweilt noch immer hier in Buckingham Palace.

London, 29. Jan. Palmerston war gestern hier, besuchte den König der Belgier, und kehrte dann nach Broadlands zurück.

Die amtliche „Gazette“ veröffentlicht Carl Russell's Rückantwort an Hrn. Seward. Russell weist darin nach, daß die gefangenen Kommissäre nicht als Rebellen und nicht als Kriegscontrebände zu betrachten gewesen seien; daß Kapitän Wilkes nicht bloß einen Formfehler begangen, sondern gegen das Völkerrecht gehandelt habe; daß neutrale, zwischen neutralen Häfen fahrende Schiffe, selbst mit Agenten kriegsführender Mächte an Bord, unantastbar seien, und daß dies zumal mit gutem Zug und Recht von Postschiffen gelte. Schließlich erklärt der englische Staatssekretär des Auswärtigen, England werde Uebergriffe ähnlicher Art unter keinen Umständen dulden.

Vermischte Nachrichten.

Aus dem Mittelrheinkreis, 29. Jan. Es mag wahr sein, was man unserm Zeitalter so oft zum Vorwurf macht, daß es an individueller geistiger Produktivkraft ärmer ist, als manches frühere: Epoche machende Erscheinungen in dem Sinne unserer klassischen Literaturperiode wenigstens haben wir keine aufzuweisen. Aber um so reicher sind wir an Bemühungen zu allgemeinerer Verbreitung des Wissens; und es scheint in der That im Bereiche dieser Zeit zu liegen, daß das gebiegene Metall der Forschung nicht mehr bloß niedergelegt werde in den verschlossenen Gewölben einer eoterischen Gelehrsamkeit, sondern ausgemünzt für den großen nationalen Verkehr. Und nicht nur an naturwissenschaftlichen Popularisierungen haben wir eine Menge werthvoller Arbeiten aufzuweisen: auch die historische, ja die philosophische Forschung bedient sich gerne gefälliger Formen und wendet sich an die ganze gebildete Nation.

Heute möchten wir Ihre Leser auf einen geschichtlichen Beitrag zum nationalen Schriftthum des deutschen Volkes aufmerksam machen, der uns von sehr empfehlender Seite zugegangen ist. Derselbe ist nicht bloß auf eine Vermehrung des geschichtlichen Wissens überhaupt berechnet; sondern er erstrebt zugleich und vor Allem ein geschichtliches Selbstbewußtsein, ein Bewußtsein unserer nationalen Tugenden und Schwächen; also eine Erkenntniß, worauf jede gründliche Besserung sich allein gründen kann. In diesem Sinne ist die „Deutsche Nationalbibliothek, vollständige Bilder und Erzählungen aus Deutschlands Vergangenheit und Gegenwart“, wovon uns die beiden ersten Hälftbändchen vorliegen, unternommen. Das Werk soll in einer Reihe von Bänden, ein Gesamtbild des deutschen Lebens und deutscher Geschichte entrollen. Zu diesem Zwecke gewann der Herausgeber, Ferdinand Schmidt, im Verein mit einer patriotisch gesinnten Firma, Brill und Lohbe in Berlin, eine Reihe der namhaftesten Geschichtsforscher, darunter Männer wie Droysen, Gerwinus, Häuser, Ranke, Wachsmuth u. A. Den ersten Beitrag hat geliefert Prof. Dr. Weber in Heidelberg, der seine Fähigkeit zum volkstümlichen Geschichtsschreiber in verschiedenen vielgelesenen Werken bekundet hat. Dieses erste Bändchen enthält die Geschichte Germaniens in ihren ersten Jahrhunderten, und ist nach Inhalt und Form trefflich geeignet, das Ganze einzuleiten. Als nächste, für den Druck vorbereitete Werke werden genannt: Geschichte der Hanse von Dr. Johannes Falke, Konservator am Museum zu Nürnberg; Kaiser Heinrich IV. von Prof. Dr. Mayer in Mannheim; Luther, ein Lebensbild von Prof. Dr. Schottmüller in Berlin; Blüthe in das Kunst- und gewerbliche Nürnberg im 16. Jahrhundert, von Prof. Voigt in Königsberg; ritterlicher Frauendienst im 12. und 13. Jahrhundert, vom Bibliothekar Dr. Jakob Falke in Wien; Kurfürst Bernhard von Mainz und der schwäbische Bund, ein Einiungsoversuch im 15. Jahrhundert, vom Bibliothekar Dr. Klippel in Tübingen; deutsche Kaiser von Karl d. Gr. bis Friedrich II., von Prof. Dr. Weiss in Göttingen; die Zeit des siebenjährigen Kriegs, in einer Reihe geographischer, kriegerischer und kulturgeschichtlicher Bilder, von Prof. Dr. Luken in Breslau. Die Idee des Ganzen ist, wie schon angedeutet: durch das Verständnis der Vergangenheit eine feste Grundlage zu gewinnen für den Bau deutscher Einheit, Macht und Größe.

Eine gewiß recht willkommene Beigabe bildet das jedem Aufsatze zugefügte biographische Lebensbild und Porträt des Verfassers. Dadurch gewinnt das literarische Erzeugniß an individueller Wärme, und das objektive Interesse an dem Erzählten wird durch das subjektive für den Erzähler ergänzt und gesteigert. Der Preis ist trotz der schönen Ausstattung sehr niedrig gestellt. Für die Subskribenten beträgt er für den Halbband von 6 bis 7/2 Bogen 5 Sgr., d. i. 18 fr. Einem Unternehmern, das in so schönem Geiste und mit so tüchtigen Kräften ins Werk gesetzt wird, können wir nicht nur den besten Erfolg wünschen, sondern wir wagen, trotz unseres großen Büchermarktes, ihm denselben zu versprechen.

Darmstadt, 28. Jan. (Prozeß Jakoby.) Der Gegenstand dieses Prozesses ist schon früher vielfach berührt worden. Bekanntlich ist der Buchdrucker G. H. Jakoby der Vergiftung seiner Ehefrau angeklagt. Sie lebte in zweiter Ehe mit ihm; ihr Eohn aus erster Ehe, Rungesser, war es, der, nachdem die Leiche seiner verstorbenen Mutter schon einige Zeit im Grab gelegen, deren Wiedererausgrabung und Sektion veranlaßt. Die chemische Untersuchung ergab, daß sich in den Eingeweiden Arsen, entweder als Schwefelarsen oder arsenige Säure, oder beide in Verbindung enthalten gewesen seien, und daß der Tod durch die Einwirkung des Giftes erfolgt sei. Die Erklärung der Ärzte lautete dem entsprechend. Eigenthümlich ist es, daß der Hausarzt Jakoby's, Ober-Med.-Rath Dr. Leibold, bei dem plötzlich eingetretenen Tod der Vergifteten einen Fall von Brechruhr angenommen hatte. Was den subjektiven Thatbestand betrifft, so führte der Anklageakt eine Reihe von sehr schweren Indizien an, deren überführende Kraft sich kaum verkennen läßt. Als Motiv des Verbrechens erscheint darnach die Leidenschaft des 52jährigen Angeklagten für ein junges Mädchen, Marie Huber von Stuttgart, in Diensten in einem Nachbarhause, als Jakoby sie kennen lernte, und mit welcher er schon bei Lebzeiten seiner Frau ein inniges Verhältniß unterhielt und die er zu heirathen beabsichtigte. Er nahm sie einige Wochen nach dem Tode der Frau als seine Braut zu sich in's Haus. Der gestrige Nachmittag war vorzugsweise der Vernehmung des Angeklagten gewidmet. Es mag die Mitteilung genügen, daß der Angeklagte fortwährend alle Schuld in Abrede stellt, namentlich nicht jenes verberliche Pulver seiner Gattin gereicht haben will, wäh-

rend die Magd dieses bezeugt. Das Verhältniß zu der Maria Huber suchte er als ein unschuldiges darzustellen, das erst nach dem Tode der Ehefrau ein vertrautes geworden sei und zur Verlobung geführt habe. Arsenik will er nie gesehen und gefannt haben. Das heutige Verfahren führt die Hülfe der Sachverständigen vor.

Darmstadt, 28. Jan. (Buchdrucker Jakoby vor den Geschworenen.) (Fr. P.-Z.) Die heutige Vormittags-Sitzung des Schwurgerichts war zunächst der Vernehmung des Arztes, welcher die Ehefrau Jakoby in ihrer letzten, mit dem Tode endigenden kurzen Krankheit bedient hatte, des praktischen Arztes und Obermedizinalraths Dr. Leibold, gewidmet, welche die halbe Sitzung ausfüllte. Die Geschichte der Krankheit darlegend, rechtfertigte er auf Grund seiner Wahrnehmungen seine in dem Todenschein beurkundete Ansicht, daß die Frau an Brechruhr, zu welcher sich Unterleibsblähung gesellte, gestorben sei, und sein späteres negatives Verhalten gegenüber den Anregungen, die Sektion der Leiche zu veranlassen, Er gab jedoch nach, daß der Tod durch Vergiftung bewirkt worden sein könnte. Nebenbei den Auspruch der Techniker bekämpfend, daß sich die Leiche in einem besonders konservirten Zustand befunden habe, als sie wieder ausgegraben worden sei, indem sie sich vielmehr in dem Zustand gezeigt habe, wie andere natürlichen Todes Verstorbenen, kontrovertierte er mit einer Reihe von Stellen im Anklageakt, welchen der Staatsanwalt in beruhigender Weise erläuterte.

Hierauf Veridigung der von Seiten des Gerichts und der Verteidigung berufenen Chemiker, des Professors Will in Gießen und des Professors Delffs in Heidelberg, und des ärztlichen Technikers, des Medizinalraths Schmeiss in Mainz. Dann wurden die beiden Experten Dr. Winkler und Dr. Thiel gehört, welche unter Darlegungen ausführlich entwickelten, daß in dem Körper Arsenit und in welcher Gestalt gefunden worden sei. Professor Will erklärte sich in einem besondern Betrage einverstanden, und dasselbe that Professor Delffs, nachdem er seine bloß auf das schriftliche Gutachten gestützten Zweifel durch die mündlichen Darlegungen der beiden Experten für entsetzt erklärt hatte.

Die Nachmittags-Sitzung war der Verlesung der Protokolle über die Ausgrabung, Inspektion und Sektion der Leiche, und des Gutachtens der beiden Chemiker, sowie der beiden ärztlichen Sachverständigen gewidmet. Diese Gutachten sprechen sich ganz den Intentionen der Anklage gemäß aus. Also: Auffindung von Gift und zwar von Arsenit sowohl in der Leiche, als in einer ausgefundenen Tasse, und der Tod als Wirkung des beigebrachten Giftes.

Frankfurt, im Jan. (Nat.-Z.) Die nächste dritte Versammlung des volkswirtschaftl. Vereins für Südwest-Deutschland soll in Mannheim am 4. Mai stattfinden. Als Tagesordnung ist anzuordnen: 1) Der deutsch-französische Handelsvertrag; 2) Freizügigkeit (Berichterhalter Dr. C. Braun); 3) Versicherungswesen (Berichterhalter Dr. Labenburg); 4) Salzsteuer (Berichterhalter Professor Schöpper); 5) Benützung der Arbeiterbildungs-Vereine im Interesse des Arbeitsmarktes; 6) Reform der Wehrverfassung.

Während man in Deutschland Sammlungen zu einem Denkmal für Marschner veranstaltet, befindet sich dessen einzige Tochter, die Gattin eines vor Friedrichshafen schwer verwundeten und ganz invalid gewordenen schleswig-holsteinischen Offiziers, mit sieben Kindern in bitterster Noth. Die letzten Hoffnungen dieser Familie sind durch das Bekanntwerden des Standes des Marschner'schen Nachlasses zerronnen. Es ist jetzt mehrfach angeregt worden, den Betrag der Sammlung dieser unglücklichen Familie zuzuwenden.

Im Uebungslager zu Beverloo fand dieser Tage, wie das „Avenir“ berichtet, ein Duell zwischen einem russischen Offizier und einem belgischen Kapitän Dupré statt. Der Russe hatte sich in Gegenwart mehrerer Offiziere geringschädige Ausdrücke gegen das belgische Militär erlaubt. Dies die Ursache des Duells auf Pistolen. Den ersten Schuß that der russische Offizier und gerschmettert dem Kapitän Dupré die rechte Faust. Dieser nahm ruhig das Pistol in die Linke und schoß dem Russen durch den Kopf, daß er auf der Stelle todt hinfiel.

In London ist vor einigen Tagen eine von dem Hofphotographen Mayall verfertigte Photographie erschienen, über welche die Londoner Lithographische Korrespondenz sich folgendermaßen ausdrückt: „Es ist dies unstreitig das beste Porträt, das vom Prinzen Albert existirt. Wie in der Porträthähnlichkeit, so läßt auch in der künstlerischen Ausführung dieses Bild nichts zu wünschen übrig. Es gehört zur Sammlung berühmter englischer Zeitgenossen, die eben jetzt von Mayall veröffentlicht wird, und mit die schönsten Blätter liefert, welche die hiesige Photographie noch erzeugt hat.“

Auf einer der englischen Eisenbahnen ist vor kurzem der Fall vorgekommen, daß ein anfänglich geleideter Herr, während der Zug mit einer Schnelligkeit von vierzig Meilen dahinrauschte, aus dem Wagen sprang und sich im Fall fast gar nicht beschädigte. Er versicherte denen, die ihm zu Hilfe eilten, er habe keineswegs Selbstmordgedanken im Kopf, er müsse geschlafen und vielleicht träumend den Sprung gethan haben.

Für die verunglückte Lehrfamilie in Röhrenbach (Austuf Karlsruher Zeitung Nr. 275 v. J.) sind laut Nr. 12 d. J. bei uns eingegangen 109 fl. 46 fr. Seitdem weiter: Von Th. R. in L. 1 fl.; durch Hrn. Registrator Eisenhut von D. M. in Freiburg 1 fl. Zusammen 111 fl. 46 fr.

Zur Empfangnahme weiterer Beiträge sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 29. Januar 1862.

Expeditio der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 31. Jan. 1. Quartal. 16. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: Empfindlichkeit; Lustspiel in 1 Akt, von Julius Hammer. Hierauf, zum ersten Male wiederholt: Der Valetot eines Diplomaten; Lustspiel in 3 Akten, von Dr. v. Frank.

Sonntag, 2. Febr. 1. Quartal. 17. Abonnementsvorstellung: Die Rauberföte; Oper in 2 Akten, von Mozart, „Tamino“. Hr. Brandes, als Gast.

